

AUSGABE 2 | 2021

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Vorsichtig Öffnungen ermöglichen –
dritten Lockdown verhindern

Förderprogramm Innenstadt soll
Corona-Folgen lindern

Mit SORMAS gegen Corona

Forderungen zum Wohnungsgipfel

AUS DEN STÄDTEN

Klimawandel in Augsburg

Grüne Wartehäuschen in Herford

FORUM

Neues Bauhausmuseum Dessau
belebt Stadtzentrum

Erinnerungskultur soll lokale
Demokratie stärken

FACHINFORMATIONEN

PERSONALIEN



Historische Marktplätze wie in Goslar sind und bleiben Publikumsmagneten. In vielen weniger attraktiven Stadtzentren drohen dagegen durch Corona Leerstände und braucht es neue Ideen und Konzepte. (Foto: GOSLAR marketing gmbh / Stefan Schiefer)

Vorsichtig Öffnungen ermöglichen – dritten Lockdown verhindern

Der Deutsche Städtetag plädiert für eine sorgfältige Diskussion von Öffnungsschritten bei den Beschränkungen durch die Corona-Pandemie. Denn die Infektionslage könne sich gerade wegen der Mutationen sehr schnell wieder zuspitzen. Und die Impfung der Bevölkerung verlaufe langsamer als geplant.

Der Präsident des Deutschen Städtetages und Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung erklärte am 24.2. nach Videokonferenzen von Präsidium und Hauptausschuss des Verbandes: „Die Menschen sehnen sich nach Normalität. Strategien für Wege aus dem Lockdown werden deshalb wichtiger. Wir alle wollen eine Perspektive, wie es in den kommenden Wochen weitergeht. Dazu gehören abgesicherte und verlässliche Öffnungsschritte. Für umfassende Öffnungen sehen wir derzeit allerdings noch keinen Spielraum. Ein dritter Lockdown muss unbedingt verhindert werden.“

Der unterbrochene Abwärtstrend der Infektionszahlen müsse sich wieder fortsetzen. Die Zahl der Neuinfektionen müsse auf ein stabil niedriges Niveau heruntergedrückt

werden, um einen exponentiellen Anstieg zu verhindern.

Jeder weitere Öffnungsschritt müsse zwingend mit einer passenden Teststrategie verbunden werden, forderte Jung: „Nur wenn ausreichend Menschen getestet werden, können wir besser einschätzen, wo und wie sich das Virus ausbreitet. Dann haben wir eine Grundlage für mögliche Öffnungsschritte.“

Der Städtetagspräsident mahnte, politische Entscheidungen zur Corona-Strategie müssten nachvollziehbar sein und klar und verständlich kommuniziert werden: „Nur dann gibt es Vertrauen und Akzeptanz.“

Absolut richtig nannte er es, Kitas und Schulen wieder schrittweise zu öffnen: „Natürlich müssen Schul- und Kitaöffnungen einhergehen mit möglichst viel Schutz und Sicherheit für Kinder, Eltern und das Personal. Öffnungen müssen also von einer kontinuierlichen Teststrategie begleitet werden.“ Das Personal in Kitas und Schulen müsse frühzeitig ein Impfangebot erhalten, um das Infektionsrisiko in Schulen und Kitas zu senken.

„Förderprogramm Innenstadt“ des Bundes soll Corona-Folgen mit auffangen

Bund und Länder müssen die Städte dabei unterstützen, Innenstädte und Stadtteilzentren für die Zeit nach Corona fit zu machen und neue Innenstadtkonzepte zu starten. Der Deutsche Städtetag fordert den Bund auf, sofort ein „Förderprogramm Innenstadt“ aufzulegen. Das erklärte der kommunale Spitzenverband nach Videokonferenzen seiner Gremien mit fast 100 Stadtoberhäuptern Ende Februar.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, sagte: „Die Innenstädte wandeln sich rasant. In einigen Städten macht uns der Leerstand große Sorgen. Immer mehr Menschen bestellen am Computer und lassen sich die Waren nach Hause liefern. Aktuelle Umsatzrückgänge von teilweise bis zu 70 Prozent beim stationären Einzelhandel, leere Schaufenster in Einkaufsstraßen und immer mehr Geschäftsaufgaben zeigen:

Handel lässt sich nicht mehr überall durch Online-Handel ersetzen. Corona hat den Online-Handel der Vorjahre zum Online-Boom beschleunigt. Wir wollen und müssen die Innenstädte neu beleben, gemeinsam mit Vermietern, Unternehmen, der Kultur und allen anderen Akteuren vor Ort. Wir brauchen jetzt einen starken Impuls. Dafür sollte der Bund sehr schnell ein Förderprogramm Innenstadt aufsetzen.“



Foto: Michael Bader

TITELFOTO

Hauptversammlung in Erfurt

In Erfurt, der Stadt mit der berühmten Krämerbrücke, findet am 29. und 30. Juni die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages statt. Ob virtuell oder mit einigen oder vielen Teilnehmenden aus dem Bundesgebiet hängt ab vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie. Das Motto: Was das Leben ausmacht. Die Städte in Deutschland.

Mehr Informationen gibt es in der kommenden Ausgabe von Städtetag aktuell und bald unter:
www.staedtetag.de

(Foto: Steve Bauerschmidt)

„Wir stellen uns dabei 500 Millionen Euro jährlich für fünf Jahre vor, um nachhaltig etwas zu erreichen.“

Oberbürgermeister
 Burkhard Jung
 Präsident des Deutschen
 Städtetages

Das Programm sollte

- flexibel und einfach handhabbar sein.
- das vorübergehende Anmieten von leerstehenden Ladenlokalen durch die Städte unterstützen. Das sollte der Bund fördern und durch ein Entgegenkommen der Eigentümer bei der Miete flankiert werden. Dann können die Städte neue Nutzer finden, die mit ihrem Konzept die Innenstadt beleben.
- Städten den vorübergehenden Erwerb von städtebaulich relevanten Schlüsselimmobilien wie z. B. ehemaligen Kaufhäusern ermöglichen. Die Städte könnten so neue Nutzungen erproben, bevor sie solche Immobilien weiterverkaufen.
- neue Innenstadtkonzepte fördern, sowohl Planung als auch Umsetzung.
- ein City- oder Zentrenmanagement finanziell unterstützen, um alle Akteure der Innenstadt besser zusammenzuführen. City-Manager können als Ansprechpartner für Händler, Gastronomen, Vermieter, Mieter oder Vereine vor Ort agieren.

Innenstadt-Konzepte mit neuem Nutzungs-Mix

Natürlich liegen in der Krise auch Chancen, machte Städtetagspräsident Jung deutlich: Immer mehr Menschen arbeiten im Home-Office. Auch Co-Working wird weiter zunehmen und in der City werden weniger Büros gebraucht. Die Menschen verlangen zudem ein größeres Angebot von regionalen und nachhaltig erzeugten Waren in den Innenstädten.

„Wer in die Innenstadt kommt, möchte anderen begegnen, sich treffen und etwas Besonderes erleben. Hier muss das Herz der Stadt pulsieren. Zentrale Plätze sind immer auch Orte für Kommunikation. Derzeit sind die Innenstädte zu sehr vom Einzelhandel abhängig. Wir wollen eine lebendige Mischung von Wohnen, Arbeiten, Gewerbe, Kultur, Restaurants und Tourismus in den Innenstädten. Und wir wollen verstärkt Handwerk, Kultur

und soziale Einrichtungen ins Zentrum holen. Warum nicht auch Schulen und Kitas? Mittelfristig geht es um neue Innenstadt-Konzepte und einen vielfältigen Mix. Das braucht Durchhaltevermögen und konsequentes Handeln aller Akteure“, so Jung.

Flankierend sollte auch das Vorkaufsrecht der Städte gestärkt werden. „Städte, die ihr Vorkaufsrecht ausüben, sollten Immobilien immer zum gutachterlich ermittelten Verkehrswert ankaufen können und nicht zum Höchstgebot“, forderte Jung. Das würde helfen, dauerhafte Leerstände und hässliche Ecken zu vermeiden.

Platz für Ideen und Experimente

Um Leerstand zu begegnen, brauche es auch kreative Ansätze, sagte Markus Lewe, Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister in Münster: „Nicht jede Veränderung ist planbar oder steuerbar. Innenstädte waren auch früher Orte, an denen gesellschaftliche Veränderungen sichtbar werden. Wir brauchen in den Städten mehr Mut zum Experiment. Akteure der Kreativwirtschaft, Kulturschaffende, gemeinwohlorientierte Initiativen oder Start-Ups können innovative Impulse liefern. Das zeigen zahlreiche Projekte in Deutschland. Hier brauchen wir Weichenstellungen der Politik, damit Innenstädte tatsächlich zu Experimentierräumen werden können, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Beispielsweise sollte das Bauplanungsrecht des Bundes gemischte Nutzungen von Flächen besser ermöglichen, also etwa Handel, Kultur, Arbeiten und Wohnen.“

Digitalisierung verändert die Stadt

Viele Händler halten im aktuellen Corona-Lockdown ihr Geschäft mit klugen Konzepten zumindest teilweise aufrecht, zum Beispiel mit Online-Kaufberatungen, Liefer- und Abholservices.

Auch im Bereich Mobilität sei der Digitalisierungsbedarf groß, so Lewe: „Die Digitalisierung hat durch Corona einen kräftigen Schub erhalten und verändert den Alltag. Der Wandel der Innenstädte muss mit der Digitalisierung Hand in Hand gehen. Viele Städte haben inzwischen neue Verkehrskonzepte, die unterschiedliche Verkehrsmittel mitein-

ander vernetzen. Der Wechsel zwischen Verkehrsmitteln sowie Verkehrsverbänden sollte erleichtert werden. Hier geht es um das E-Bike oder das E-Auto an der Endhaltestelle, die zusammen mit dem ÖPNV-Ticket gebucht werden können. Solche Lösungen müssen ausgebaut und noch attraktiver werden, damit die Menschen sie gerne nutzen.“

Zentrale Forderungen des Deutschen Städtetages zur Zukunft der Innenstädte:

- Aktuell müssen die Wirtschaftshilfen aufgrund von Corona rasch und unbürokratisch ausgezahlt werden. Denn immer mehr für die Innenstädte relevante Geschäfte sind akut von einer Insolvenz bedroht. Die Wirtschaftshilfen müssen für begrenzte Zeit über das Ende der Pandemie hinaus für besonders von Corona betroffene Branchen weiterhin zur Verfügung stehen. Denn diese Betriebe können sich nur dann in die Gestaltung der Innenstadt einbringen, wenn ihre Existenz gesichert ist.
- Ein sehr schnell vom Bund aufgelegtes „Förderprogramm Innenstadt“ sollte die Städte gezielt unterstützen, um Innenstädte, Stadtteilzentren und Quartiere zu beleben, weiterzuentwickeln und neue Innenstadtkonzepte mit den Akteuren vor Ort umzusetzen. Es sollte auch die vorübergehende Anmietung oder den Zwischenerwerb von leerstehenden Schlüsselimmobilien durch die Städte unterstützen.
- Die Städte halten eine koordinierende Ansprechperson für ein City- oder Zentrenmanagement für wichtig, um Innenstädte und Stadtteil- und Quartierszentren weiterzuentwickeln. Bund und Länder sollten das Zentrenmanagement finanziell fördern.
- Stadtteil- und Quartierszentren haben einen erheblichen Nachholbedarf bei der virtuellen Auffindbarkeit im Netz. So, wie die nächste Tankstelle oder das Restaurant auf digitalen Plattformen angezeigt werden, sollte auch der nächste Park, das Kulturhaus oder das Stadtteil-Café auffindbar sein. Auch hier braucht es zumindest fachliche Unterstützung für die Akteure.
- Die Städtebauförderung muss entbürokratisiert werden. Die Städtebaufördermittel von Bund und Ländern von derzeit 790 Millionen Euro jährlich sind bewährt und wichtiger denn je, um städtebauliche Missstände zu beheben. Allerdings müssen sie einfacher gehandhabt und weniger aufwändig beantragt werden können. Wir brauchen ein integriertes Fördermittelmanagement. Und die Kommunen sollten mit den Mitteln stärker eigenverantwortlich handeln können.
- Kommunales Vorkaufsrecht stärken: Wenn Immobilien verkauft werden, können Städte ihr Vorkaufsrecht ausüben, um beispielsweise dauerhafte städtebauliche Missstände zu vermeiden. So sieht es die laufende Baugesetzbuchnovelle vor. Es fehlt allerdings noch eine preisdämpfende Komponente. Für Städte sollte es immer möglich sein, Immobilien zum gutachterlich ermittelten Verkehrswert anzukaufen. So könnten Städte überbordenden Boden- und Immobilienpreisen entgegenwirken.
- Leerstehende Gebäude, die bisher auf den Einzelhandel ausgerichtet sind, müssen leichter für neue Zwecke umgewidmet werden können, um sie schnell anders nutzen zu können. Dafür muss das Bauplanungsrecht des Bundes flexibilisiert werden.
- Der im Jahr 2020 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) eingerichtete „Beirat Innenstadt“ sollte auch in der neuen Legislaturperiode fortgeführt werden. Ein bundesweites Service- und Kompetenzzentrum für die Transformation der Innenstädte sollte die Kommunen beraten und unterstützen, die Herausforderungen erfolgreich zu meistern.

Pandemiebekämpfung per Fax?

Von Frauke Janßen

Pandemiebekämpfung per Fax? In den letzten Monaten wurde häufig das Bild des überforderten Gesundheitsamtes bemüht. Die Nachverfolgung der Infektionsketten funktioniert nicht, weil die Gesundheitsämter noch immer nicht im digitalen Zeitalter angekommen seien. Zutreffend ist das Bild nicht, die Gemengelage etwas komplexer.

Seit dem Beschluss der Kanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder im Herbst 2020 fand die Software SORMAS Eingang in die öffentliche Diskussion. SORMAS ist ein digitales System für Maßnahmen zur Epidemiebekämpfung. Es wird durch das Bundesgesundheitsministerium gefördert und steht allen Gesundheitsämtern kostenlos und als offene Software zur Verfügung. Bis Ende 2020 sollte eine große Anzahl der Gesundheitsämter auf das System umsteigen. Die Kanzlerin und die Länder aus haben dies in ihren Beschlüssen von Januar und Februar 2021 noch einmal konkretisiert: Alle deutschen Gesundheitsämter sollen das System nutzen, bis Ende Februar 2021 soll SORMAS zumindest überall installiert sein.

Warum ist eine flächendeckende Einführung von SORMAS sinnvoll?

Durch das einheitliche System können Gesundheitsämter Daten zu Fallmeldungen und Kontaktpersonen austauschen. Auch in der Übermittlung an Landesbehörden entfallen zeitaufwendige Doppeleingaben. Der größte Vorteil ist die Verfolgung von Infektionsketten auch über die Grenzen von Städten und Landkreisen hinaus. Warum ist das Infektionsgeschehen in einer Stadt eher gering und im benachbarten Kreis deutlich höher? Darauf kann bisher oft keine umfassende Antwort ermöglicht werden. Mit der weiterentwickelten Version von SORMAS soll dies besser analysiert werden können. Zudem können in einem einheitlichen System neue Funktionen schnell umgesetzt werden. Das System lässt sich also leichter weiterentwi-



Foto: Michael Buchmann

„Eine flächendeckende Nutzung von SORMAS kann nur Schritt für Schritt gelingen.“

Frauke Janßen
Digitalisierungsbeauftragte des
Deutschen Städtetages

ckeln. Derzeit nutzen die Gesundheitsämter für den Infektionsschutz unterschiedliche Anwendungen. Dies birgt im Austausch von Daten eine Menge an Herausforderungen. Es müssen über Schnittstellen Brücken gebaut werden, damit Informationen fließen können. Die Datenqualität ist unterschiedlich. Eine Vielzahl an Systemen sorgt auch für erhöhten Einarbeitungs- und Schulungsbedarf. In Zeiten dynamischen Infektionsgeschehens, in der externes Personal Gesundheitsämter unterstützt, ist ein einheitliches System deshalb ebenfalls vorteilhaft. Mit SORMAS kann diese Unterstützung sogar ortsunabhängig geleistet werden.

Warum wird SORMAS noch nicht von allen genutzt?

Bei den aufgeführten Vorteilen stellt sich die Frage: Warum nutzen nicht schon längst alle Gesundheitsämter SORMAS? Zu Beginn der



Pandemie wurden als Reaktion zur Bewältigung der hohen Infektionszahlen in vielen Städten eigene digitale Lösungen geschaffen oder neue Lösungen angeschafft. Diese funktionieren gut und erlauben eine Kontaktnachverfolgung auch bei höheren Fallzahlen. Ein gutes einheitliches System fehlte damals. SORMAS gab es zwar bereits, es war in seiner Funktionalität aber nicht ausreichend für den öffentlichen Gesundheitsdienst geeignet. Auch jetzt kann SORMAS noch nicht alles, was es können soll. Noch ist beispielsweise die Analyse des Infektionsgeschehens nicht möglich. Hinzu kommt, dass vielerorts auch digitale Lösungen im Einsatz sind, die nicht nur auf den Infektionsschutz begrenzt sind. Es entlastet Mitarbeitende, wenn sie nicht für Kinder- und Jugenddienst, Hygieneüberwachung und den Infektionsschutz drei verschiedene Fachanwendungen nutzen müssen. Hinzu kommt: Die Einführung von SORMAS läuft nicht reibungslos. Das System ist recht schnell installiert, es muss aber auch nutzbar gemacht werden. Hierfür müssen Prozesse angepasst und behördliche Strukturen verzahnt werden. Dafür fehlt bisher eine umfassende Unterstützung. Dies betrifft technischen Support ebenso wie Begleitung bei der Implementierung und Schulungen.

Wie geht's weiter?

Eine flächendeckende Nutzung von SORMAS kann nur Schritt für Schritt gelingen. In der Hochphase der Pandemie das System zu wechseln, stellt die Gesundheitsämter vor große Herausforderungen. Es müssen deshalb zunächst Schnittstellen zu bestehenden Systemen geschaffen werden. SORMAS wird fortwährend weiterentwickelt und in seiner Funktionsweise verbessert. Hierbei ist es notwendig, dass die kommunale Expertise einfließt. Nur so wird sichergestellt, dass das System zu den Bedürfnissen vor Ort passt.

Frauke Janßen
Digitalisierungsbeauftragte des
Deutschen Städtetages

Beschlüsse von Präsidium und Hauptausschuss

Bei den Sitzungen des Präsidiums am 23. Februar und des Hauptausschusses am 24. Februar 2021 sind zu folgenden Themen Beschlüsse gefasst worden:

- Die Stadt der Zukunft mit Daten gestalten
- Vom Baulandmobilisierungsgesetz zur Bodenpolitik – Anforderungen an den zukunftsfähigen Umgang mit Boden und Bauland
- Nationale Wasserstrategie
- Nachhaltige Mobilität für alle – Bausteine für eine Verkehrswende aus kommunaler Sicht
- Special Olympics 2023
- Lieferkettengesetz
- Strategie in der Pandemie – Auswirkungen auf Menschen und Gesellschaft
- Testungen in Einrichtungen der Pflege und Behindertenhilfe
- Umsetzung der Impfstrategie gegen Covid-19
- Corona-Warn-App
- Digitale Kontaktnachverfolgung über SORMAS

Weitere Informationen unter:

➔ www.staedtetag.de

Forderung zum Wohnungsgipfel: Bestehende Sozialwohnungen erhalten



Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) beim (virtuellen) Wohnungsgipfel. (Foto: Henning Schacht)

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, hat am 23. Februar anlässlich des Wohnungsgipfels im Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat an einer Podiumsdiskussion zur Umsetzung der Wohnraumoffensive teilgenommen. In einem Statement erklärt Lewe aus diesem Anlass:

„Es gab gute Ansätze bei der Wohnraumoffensive und Bund, Länder und Kommunen haben auch etwas erreicht. Der soziale Wohnungsbau wurde zum Beispiel gestärkt. Allerdings wurde das Ziel des Bundes verfehlt, 1,5 Millionen neue und vor allem bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Die Arbeit an der Wohnraumoffensive muss also weitergehen. Bund und Länder müssen noch mehr unternehmen, um mehr sozialen und preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Es müssen bestehende Sozialwohnungen erhalten werden, bevor sie aus der Bindungsfrist fallen und verloren gehen.“

Jedes Jahr fallen derzeit mehr als 60.000 Wohnungen aus der Sozialbindung, weil Fristen ablaufen. Neu hinzu kommen deutlich weniger Sozialwohnungen. Dadurch sind zwischen 2002 und 2019 etwa 1,2 Millionen Sozialwohnungen verloren gegangen. Deshalb brauchen wir neben mehr Neubau unbedingt einen stärkeren Fokus auf den

Bestand. Programme zur Verlängerung der Sozialbindung von Wohnungen, wie etwa in NRW, eine attraktive Modernisierungsförderung oder auch der Ankauf von Belegungsrechten könnten schneller für eine Entlastung angespannter Wohnungsmärkte sorgen. Denn der Neubau sozialer und preiswerter Wohnungen dauert oft lange.

Die Corona-Pandemie ändert bisher nichts am Preisniveau auf dem Wohnungsmarkt. Wo Mieten, Wohneigentum und Bauland schon vor Corona stetig teurer wurden, geht der Preisanstieg ungebrochen weiter. Vor allem für Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, junge Familien, ältere Menschen mit geringen Renten wird es an diesen Orten immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Dafür muss die Preisspirale am Boden- und Wohnungsmarkt in den wachstumsstarken Regionen deutlich gebremst werden. Das verhandelt in diesen Tagen der Deutsche Bundestag mit dem Baulandmobilisierungsgesetz. Dafür ist ein Bündel an Maßnahmen notwendig: Die Städte müssen beim Ankauf von Boden und Wohnungen handlungsfähiger werden und ihre Vorkaufsrechte zu Verkehrswerten ausüben können. Preise können auch durch Bebauungspläne für preisgünstiges Wohnen und in Städten mit Wohnungsnot durch eine Genehmigungspflicht für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gedämpft werden. Und schließlich ist auch kluges bodenpolitisches kommunales Handeln nötig – zum Beispiel wie in Münster Baurecht nur zu schaffen, wenn die Stadt über einen Mindestanteil an den Bauflächen verfügt.“

Hintergrund: Um den Bedarf in Deutschland zu decken, müssten pro Jahr bis 2025 rund 320.000 Wohnungen neu gebaut werden – davon mindestens 80.000 Wohnungen pro Jahr im sozialen Mietwohnungsbau und weitere 60.000 Wohnungen im preisgünstigen Marktsegment. In dieser Legislaturperiode werden aber statt 1,5 Millionen neuer Wohnungen insgesamt, wie vom Bund als Ziel formuliert, voraussichtlich nur etwa 1,2 Millionen neuer Wohnungen fertig.

BIS 30.4.2021: AUFBAU GRATIS¹!



Abb. zeigen Sonderausstattung.

Bis zum 30.4.2021 erhalten Sie beim Kauf eines Tropos ABLE Elektrotransporter die Pritsche oder den Koffer L gratis¹.



¹ Anspruch auf einen Gratis-Aufbau (Pritsche oder Koffer L) haben juristische Personen, Kommunen und selbständig Tätige, die im Aktionszeitraum vom 8. Februar 2021 bis zum 30. April 2021 einen Kaufvertrag über ein Neufahrzeug der Modelle Tropos ABLE ST, Tropos ABLE XT1, Tropos ABLE XT2 bei TROPOS MOTORS EUROPE GmbH oder einem teilnehmenden Tropos Vertragshändler abschließen. Wird ein anderer als der in der Aktion angebotene Gratis-Aufbau gewünscht, wird der Listenpreis des Aktionsaufbaus mit dem Listenpreis des Wunschaufbaus verrechnet. Die Pritsche wird entsprechend mit Pritschenaufbauten (Pritsche mit Plane, Pritsche mit Laubgitter) und der Koffer L mit Kofferaufbauten (Koffer XL, Koffer mit Rollo) aus dem Tropos Motors Sortiment verrechnet. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Sollte der Kaufvertrag nachträglich wegfallen entfällt auch der Anspruch auf den Gratis-Aufbau. Details zur Aktion auf www.tropos-motors.de/aktion-aufbau-gratis. TROPOS MOTORS EUROPE GmbH, Dettinger Straße 157-159, 73230 Kirchheim/Teck



tropos-motors.de

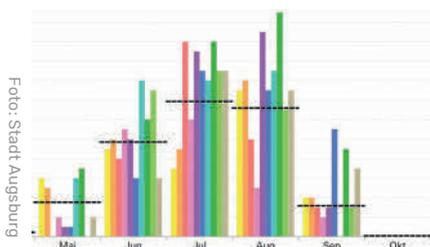


Foto: Stadt Augsburg

Das Klima in Augsburg im Wandel der Jahrzehnte

Mehr Sommertage, mehr heiße Tage – das ist ein Ergebnis der Auswertung der lokalen Wetterdaten der zurückliegenden 70 Jahre in Augsburg. Dort hat das städtische Amt für Statistik und Stadtforschung das Klima genauer analysiert. Ergebnis ist ein zehenseitiges Dokument. Darin ist auch dokumentiert, dass die Jahresdurchschnittstemperatur in der Stadt seit 1951 um etwa +1,4 Grad Celsius angestiegen ist, dass die Niederschlagsmenge sinkt und dass es weniger Schneetage gibt. www.augsburg.de/Statistik

Herford begrünt Buswarte- häuschen

Efeu, Pfeifenwinde und wilder Wein sollen die Buswarte Häuschen im Herforder Stadtgebiet verschönern. Neben der Begrünung mit Kletterpflanzen soll es außerdem klassische Gründächer für einige Buswarte Häuschen geben, um auch damit Erfahrungen sammeln zu können. www.herford.de



Foto: Stadt Herford



Preisgekröntes Bauhaus Museum in Dessau-Roßlau präsentiert die Moderne und belebt das Stadtzentrum

Von Peter Kuras

Die Entscheidung des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt, in Dessau-Roßlau ein neues Bauhausmuseum zu finanzieren, war eine bedeutende Zäsur in der musealen Landschaft der Stadt. Das Bauhaus wirkte in der Zeit von 1925 bis 1932 in Dessau, dies war zugleich die Hauptschaffensperiode des Bauhauses. Viele Spuren hat das Bauhaus hinterlassen, nicht nur im Design von Gebrauchsgegenständen und Möbeln, sondern ganze Siedlungen sind hier im Bauhausstil errichtet worden und stellen besondere Experimente nicht nur im Bauwesen, sondern auch im Städtebau dar.

Aus einem internationalen Architektenwettbewerb (insgesamt trafen über 800 Bewerbungen aus der ganzen Welt ein) gingen zwei Einsendungen als erste Plätze hervor – derjenige des jungen Architekturbüros Hinz, Zabala und Gonzales aus Barcelona wurde

letztlich realisiert. Ein markantes, in klassischer Bauhaustradition stehendes Gebäude aus Glas, Beton und Stahl beherbergt nun wichtige Schätze des Bauhauserbes. Insgesamt über vierzigtausend Exponate können nun wechselweise im neuen Bauhaus Museum gezeigt werden, was schon aus konservatorischen Gründen im historischen Bauhausgebäude nicht möglich war.

In der Stadt gab es eine länger währende Debatte um den Standort. Es gab zwei Auffassungen dabei: Die erste Variante sah das Museum nahe am historischen Bauhaus vor, die zweite inmitten der Innenstadt. Die Stadt war von Anfang an der Auffassung, dass in der Innenstadt am Rande des jetzigen Stadtparkes ein günstiger Standort ist, insbesondere zur Belebung der Innenstadt. Es kam darauf an, eine „Leerstelle“ wieder zu füllen. Auch vor diesem Hintergrund hat die



Seite 10: Bauhaus Museum Dessau, Außenansicht, 2019. Foto: Stiftung Bauhaus Dessau, Thomas Meyer/OSTKREUZ

Ausstellung „Versuchsstätte Bauhaus. Die Sammlung“, 2019. Foto: Stiftung Bauhaus Dessau, Thomas Meyer/OSTKREUZ, Ausstellungs-gestaltung und Szenografie: che-zweit GmbH

unten: Offene Bühne zur Eröffnung am 8.9.2019. Foto: Stiftung Bauhaus Dessau, Thomas Meyer/OSTKREUZ



deutsche Sektion des Internationalen Kunstkritikerverbands AICA das Bauhaus Museum in Dessau-Roßlau 2020 zum „Museum des Jahres“ gekürt. Sowohl die Stiftung als auch die Stadt Dessau-Roßlau freuen sich insbesondere über die Begründung zur Verleihung dieses Preises, die insbesondere den Mut lobt, das Museum in das mehr oder weniger brachgefallene Zentrum hinein zu verlegen und so städtebauliche, künstlerische und kulturelle Impulse für eine im Krieg zu 84 Prozent zerstörte Stadt zu verleihen. Genau dies war das Anliegen.

Die Stadt hat in diesem Kontext die Gelegenheit genutzt, die durch das Herz der Innenstadt führende Kavalierstraße völlig neu zu gestalten. So wurden der Querschnitt verringert, das Tempo heruntergenommen, gesonderte Radwege ausgeführt und Flächen zum Verweilen für die Bürgerinnen und Bürger und die Besucher des Museums geschaffen. Dass dieser beschrittene Weg richtig war, zeigt sich am Erfolg des Museums. Bis zum ersten Lockdown waren mehrere Tausend Besucher zu verzeichnen. Danach, bis zum zweiten Lockdown, waren ebenfalls viele Tausend Besucher in der Stadt, um sich die neugestaltete Ausstellung anzuschauen.

Mit dem Museum ist ein weiterer Baustein zur Darstellung der Geschichte und des Ursprungs der Moderne gelegt worden. Dessau war ein wichtiger Ursprungsort der Entwicklung der Moderne, die drei wichtige Facetten hat. Neben dem Bauhausgebäude und weiteren Bauhausbauten sind dies die technische Moderne in Form der historischen Junkerswerke (u. a. erstes Ganzmetallflugzeug) und die künstlerische Moderne, beflügelt durch den in der Stadt Dessau geborenen Komponisten Kurt Weill (Dreigroschenoper).

Gäste unserer Stadt sind herzlich eingeladen, all diese Aspekte der Moderne hier zu erleben und kennenzulernen. Zumal es neben den Bauhausbauten weitere Stätten unter dem Schutz des UNESCO-Welterbes zu bestaunen gibt: das Dessau-Wörlitzer-Gartenreich als ein großes Projekt der Aufklärung und das Weltdokumentenerbe, in das eine Luther-Vorlesung zum Römerbrief aus der Bibel aufgenommen wurde.

Ich heiße Sie, liebe Leserinnen und Leser, in Dessau-Roßlau herzlich willkommen!

Peter Kuras
Oberbürgermeister der Stadt Dessau

Erinnerungskultur soll lokale Demokratie stärken

Von Norbert Böhnke und Dr. Michaela Stoffels

Gewaltbereitschaft, Extremismus, Übergriffe auf Menschen mit Migrationsgeschichte und auf Andersdenkende bis hin zu Morden sowie die Sorge vor einer Spaltung der Gesellschaft – Themen wie diese beschäftigen die Städte nicht erst seit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle und dem Tod zweier Menschen, seit der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke oder den rassistisch motivierten Morden von Hanau. Gesamtstädtische Erinnerungsinitiativen versuchen, sich dieser Gefährdung der lokalen Demokratie aktiv entgegenzustellen.

„Es reicht nicht, Auschwitz zu kennen“ – dieser Ausspruch, gefallen im vergangenen Jahr am Rande einer Holocaust-Tagung, verdeutlicht die Anforderungen an die derzeitige Erinnerungskultur. Die historischen Fakten zum Nationalsozialismus und zur Shoa bilden zwar weiterhin einen Kern des kollektiven Gedächtnisses. Sie sind dort allerdings nicht mehr so tief verankert. Ohne tragfähige Konzepte läuft die Erinnerungskultur Ge-

fahr, durch populistische und extremistische Milieus instrumentalisiert werden. Zugleich werden neue Formen des Erinnerns nötig, die der Vielfalt unserer Stadtgesellschaften angemessen sind. Eine wichtige Frage dabei lautet: Wie können wir Extremismen Einhalt gebieten und zugleich unsere lokale Demokratie stärken?

Hierüber diskutieren bereits seit einigen Jahren kommunale Fachleute im Rahmen einer Tagungsreihe. Aus aktuellem Anlass trafen sie sich zuletzt im vergangenen Oktober in Halle (Saale) und tauschten sich über „Orte kommunaler Demokratiegeschichte“ aus. In intensiven Gesprächsrunden wurde darüber diskutiert, wie es gelingen kann, Wurzeln, Akteure und Entwicklungslinien sowie Störungen lokaler Demokratiegeschichte stärker im kollektiven Gedächtnis zu verankern. Die Keynotesprecherin, Prof. Aleida Assmann, unterstrich in ihrem Vortrag die Notwendigkeit authentischen Erinnerns. Im Gedächtnis von Städten sollten nicht nur bedeutende, sondern auch traumatische Ereignisse



stärker erinnert werden. Beide Perspektiven dürften sich heute nicht mehr ausschließen. Auch beschämende geschichtliche Fakten müssten Teil des städtischen Erinnerungsdiskurses werden. Es gelte, so Assmann, die historische Verantwortung mit dem Stadtimage zu versöhnen. Diesem Ansatz entsprechend erinnert jetzt beispielsweise die Stadt Jena im Rahmen eines bundesweiten Theaterfestivals auf künstlerische Weise an die Taten des NSU-Komplexes. Es finden in Jena und auf Initiative von JenaKultur in zwölf weiteren deutschen Städten Theaterinszenierungen hierzu statt. Ziel ist es, mit einer Reihe von Veranstaltungen ein Bewusstsein für die rechtsterroristischen Taten in der breiten Bevölkerung zu schaffen. Im neuen „ZeitZentrum Zivilcourage“ in Hannover werden derzeit junge Besucherinnen und Besucher anhand von Lebenswegen im Nationalsozialismus angeregt, über eigene Handlungsmöglichkeiten in der heutigen Gesellschaft zu reflektieren. Und die Stadt Nürnberg beweist Mut zu historischer Verantwortung, indem sie mit Öffnung ihres

Erinnerungsorts „Reichsparteitagsgelände“ zugleich ein Stück traumatische Geschichte offenlegt. Nach Potsdam (2018) und Halle (2020) soll im kommenden Jahr eine dritte Tagung der Fachleute in Hannover stattfinden (Kontaktaufnahme: erinnerungskultur@hannover-stadt.de).

Klar sein muss: Das kulturelle Gedächtnis von Städten ist vielstimmig. Seine Weiterentwicklung ist eine gesamtstädtische Aufgabe und bedarf der Förderung durch Bund und Länder. Dabei gilt es auch, Programme der historisch-politischen und kulturellen Bildung stärker miteinander zu verzahnen. Wenn es gelingt, die Erinnerungskultur in kommunale Bildungskonzepte zu integrieren, kann die lokale Demokratie nachhaltig gestärkt werden.

Norbert Böhnke
Erinnerungskultur-Verantwortlicher
Stadtmuseum Halle

Dr. Michaela Stoffels
Referentin für Kultur
Deutscher Städtetag



Kooperationspartner der Tagung in Halle war der Berliner Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.“, Bezugsquelle des Tagungsbandes: www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/demokratiegeschichte



Gedenkminute. (Foto: Thomas Ziegler)

Bewerbungen gesucht: „Preis für digitales Miteinander“

Der „Preis für digitales Miteinander“ 2021 ist mit insgesamt 20.000 Euro dotiert. Er wird anlässlich des zweiten bundesweiten Digitaltags am 18. Juni 2021 vergeben. Bis Ende April können sich teilnahmeberechtigte Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen, Nichtregierungsorganisationen und gemeinnützige Organisationen bewerben. Vergeben wird der Preis von der Initiative „Digital für alle“, einem Bündnis aus 27 Organisationen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Wohlfahrt und öffentliche Hand. Der Preis ist geteilt in die Kategorien „Digitale Teilhabe“ und „Digitales Engagement“, die jeweils mit 10.000 Euro dotiert sind. Einsendeschluss für Wettbewerbsbeiträge ist der 30. April 2021.

Bewerbung: [➤ www.digital-miteinander.de](http://www.digital-miteinander.de)

Digitaltag 2021

Foto: Uwe Schlipmann



Corona-Effekt? – Einnahmen aus Hundesteuer gestiegen

Homeoffice, Kontaktbeschränkungen, eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten führten offenbar dazu, dass sich mehr Menschen einen Hund angeschafft haben. Laut Statistischem Bundesamt haben die öffentlichen Kassen 2020 in den ersten drei Quartalen insgesamt rund 331 Millionen Euro Hundesteuer eingenommen – das sind 2,5 Prozent mehr.

WETTBEWERB: KLIMAAKTIVE 2021 KOMMUNE

Ein Wettbewerb des
Bundesumweltministeriums
und des Deutschen Instituts
für Urbanistik

Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2021“ gestartet!

Bis zum 20. April 2021 können Kommunen je 25.000 Euro für vorbildliche Klimaaktivitäten gewinnen. Dafür müssen sie am Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Difu teilnehmen und erfolgreich realisierte, wirkungsvolle und innovative Klimaprojekte einreichen. Neben einem Preisgeld erhalten die Gewinner professionelle Filmclips über ihr ausgezeichnetes Projekt und werden bundesweit bekannt gemacht. Teilnahmeberechtigt sind Städte, Landkreise und Gemeinden. Ausdrücklich gewünscht sind dabei auch Kooperationsprojekte, bei denen die kommunale Verwaltung mit weiteren Akteuren (z. B. Vereinen, Verbänden, Kammern, Handwerk) und/oder mit anderen Kommunen sowie mit kommunalen Unternehmen zusammenarbeitet.

[➤ www.klimaschutz.de/wettbewerb2021](http://www.klimaschutz.de/wettbewerb2021)

Deutscher Städtetag



Foto: Jo Magrean

Die Aachener Oberbürgermeisterin **Sibylle Keupen** (parteilos) wurde vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages auf Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen in das Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes gewählt. Sie steht seit November 2020 an der Spitze der Stadt Aachen.



Foto: Wolf Sonderrmann

Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages wählte auch **Prof. Dr. Uwe Schneidewind** (Bündnis 90/Die Grünen), Oberbürgermeister von Wuppertal, ins Präsidium des Deutschen Städtetages. Die Geschicke der Stadt Wuppertal leitet er seit November 2020.



Foto: René Wilke

René Wilke (Die Linke), Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder), wurde ebenfalls ins Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt. Wilke hat das Spitzenamt in Frankfurt (Oder) seit 2018 inne.

Geburtstage



Foto: Hagen Hartwig

Der Bürgermeister von Auerbach/Vogtland, **Manfred Deckert** (parteilos), feiert am 31. März seinen 60. Geburtstag. Die Geschicke der Stadt leitet er seit 2008.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya